

Kommentar Wirtschaftspolitik

2014/10 | 20. Mai 2014

Föderalismus und Wirtschaft

Die aktuelle Ausgabe der Wirtschaftspolitischen Blätter ist der Thematik „Föderalismus und Wirtschaft“ gewidmet. In den einzelnen Beiträgen werden die unterschiedlichen Formen von Föderalismus diskutiert, Vor- und Nachteile von dezentralen bzw. zentralen Systemen erläutert und Reformbedarf im aktuellen System aufgezeigt.

Kirn (Universität Liechtenstein) stellt in ihrem Beitrag die **zentralen Theorien des Föderalismus** vor und leitet darauf aufbauend fiskalpolitische Schlussfolgerungen für einen anreizkompatiblen Finanzausgleich ab. Grundsätzlich können föderale Systeme sehr unterschiedlich ausgestaltet sein. Somit stelle sich die Frage nach der Form und der **Zielsetzung des Föderalismus**: Wird das Ziel gleichwertiger Lebensverhältnisse oder Wettbewerb zwischen Gebietskörperschaften präferiert?

Handler (TU Wien, WIFO) betont ebenso wie Kirn, dass sich die Verteilung der Aufgaben auf die einzelnen staatlichen Ebenen - laut Theorie der Fiskalpolitik - am besten nach dem **Subsidiaritätsprinzip** richtet: Demnach solle jene Ebene agieren, die eine Aufgabe am besten erfüllen kann. Für die Aufgabenerfüllung selbst sei **Konnexität** das wichtigste formale Leitmotiv. Es bedeutet, dass auf jeder staatlichen Ebene die zur Aufgabenerfüllung erforderlichen Staatsaufgaben mit der entsprechenden Finanzierungsverantwortung zusammenzuführen sind. In Österreich sei das Konnexitätsprinzip - also die **Zusammenführung von Aufgaben-, Ausgaben- und Finanzierungsverantwortung** - bis heute völlig unzureichend umgesetzt. Aufgabenentscheidungen und die Verantwortlichkeit für ihre Finanzierung fallen im Allgemeinen weit auseinander. Das Konnexitätsprinzip lasse sich nur verwirklichen, wenn die allmähliche Dezentralisierung der Aufgaben und Ausgaben mit einer Zunahme der Abgabenaautonomie der nachgeordneten Gebietskörperschaften einhergeht. Zu beachten sei aber, dass durch **Dezentralisierung** mögliche **Größen- und Verbundvorteile** verloren gehen. Offen sei, wie viel Wettbewerb auf den einzelnen subnationalen Ebenen ermöglicht werden solle, um die gewünschten Effizienzsteigerungen herbeizuführen.

Lehner (Universität Wien, WIFO) argumentiert, dass eine **Neuregelung der Aufgaben** innerhalb des öffentlichen Sektors eine wichtige Voraussetzung für einen neuen Finanzausgleich wäre. Die Zuordnung der einzelnen Aufgaben müsste vor allem dazu führen, Mitfinanzierungen bzw. Transfers innerhalb des öffentlichen Sektors abzubauen. Derzeit seien die **finanziellen Verflechtungen** zwischen und innerhalb der einzelnen Ebenen des öffentlichen Sektors in Österreich sehr komplex und verwoben. Durch eine Neuordnung der Aufgaben könnte die bestehende Intransparenz der finanziellen Zusammenhänge verringert und die Effizienz der Aufgabenerfüllung verbessert werden.

Auch Döring (Hochschule Darmstadt) argumentiert, dass das österreichische Finanzausgleichssystem unter Allokations- und Wachstumsaspekten über entsprechende Defizite verfügt. Die vorrangig am Ziel der „Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse“ ausgerichtete Gestaltung der Finanzausgleichsbeziehungen habe dazu geführt, dass lokale und regionale **Wachstumspotenziale** nicht ausreichend ausgeschöpft werden. Die für föderale Staaten atypisch geringe Steuerhoheit von Ländern und Gemeinden habe dazu geführt, dass ein hinreichendes Kostenbewusstsein fehle.

Medieninhaber/Herausgeber:

Wirtschaftskammer Österreich
Stabsabteilung Wirtschaftspolitik
Leitung: Dr. Christoph Schneider
Wiedner Hauptstraße 63
1045 Wien

wko.at/wp
wp@wko.at

Autorin

Mag. Karin Steigenberger, BA
+43 (0)5 90 900-4262

Karin.Steigenberger@wko.at

Lehner argumentiert hingegen, dass die **bundesweit einheitliche Besteuerung** ein Vorteil sei. Eine verstärkte Steuerautonomie der Länder brächte einige erhebliche Probleme mit sich, wie den Aufbau zusätzlicher Verwaltung und damit Effizienzverluste. Das Beispiel Schweiz zeige, dass komplexe Ausgleichsmechanismen erforderlich seien, um wirtschaftlich schwächere Gebiete nicht zu benachteiligen. Generell sei **Österreich** im internationalen Vergleich unter den Föderalstaaten **am stärksten zentralisiert**.

Frey (CREMA, Zürich) erörtert in seinem Beitrag das **schweizerische System des Wettbewerbsföderalismus**. Laut Frey gehören die „klassischen“ Föderativstaaten - wie die Schweiz, USA, Kanada und Australien - zu den wirtschaftlich erfolgreichsten Ländern. In der Schweiz verfügen die Kantone und Gemeinden in Aufgaben-, Ausgaben- und Steuerfragen über eine hohe Autonomie. Dies erlaube, die **Vorteile der Dezentralisation** (Vielfalt im Inneren und Bürgernähe) mit den **Vorteilen der Zentralisation** (Größenvorteile, Stärke nach Außen) zu kombinieren. Insgesamt liefere die Schweiz das Gegenbeispiel dafür, dass Steuerwettbewerb zu einer Spirale nach unten führe.

Schaltegger und Winistörfer (Universität Luzern) argumentieren, dass in vielen föderalistischen Bundesstaaten ein **Prozess der schleichenden Zentralisierung** stattfindet und diskutieren institutionelle Vorkehrungen zur Sicherung des Föderalismus.

Handler argumentiert, dass in der Literatur strittig sei, ob mit **Wettbewerb** zwischen subnationalen Gebietskörperschaften allein die angestrebten **Effizienzsteigerungen** zu erreichen sein werden. In Österreich sei an eine radikale Reform mit weitgehender Steuerautonomie nachgeordneter Gebietskörperschaften ohnehin nicht zu denken.

Moser (Rechnungshof) betont angesichts der Budgetentwicklung, dass **Reformmaßnahmen** dringend notwendig seien, wolle man auch in Zukunft einen **wettbewerbsfähigen Standort Österreich** sicherstellen. Die Grundproblematiken seien seit Jahren die gleichen: Kompetenzzersplitterungen und Doppelgleisigkeiten, das Auseinanderklaffen der Finanzierungs-, Aufgaben- und Ausgabenverantwortung sowie ein unzureichend aussagekräftiges Rechnungswesen der Länder und Gemeinden.

Auch Bauer und Dearing (Rechnungshof) plädieren für weitere Reformen. Sie zeigen bedeutende Reformen auf Ebene der Bundesländer auf und stellen **bisher ungenützte Innovations- und Reformpotenziale** zur Diskussion.

Blöchliger (OECD) präsentiert einen Überblick über die Ergebnisse von OECD-Forschungsprojekten zu **Dezentralisierung** und ihren Auswirkungen auf BIP, die Produktivität und die Qualität des Bildungswesens. Blöchliger argumentiert, dass dezentrale Staaten wirtschaftlich **leistungsfähiger** seien als zentralisierte.

Berthold (Universität Würzburg) analysiert die Thematik föderaler Strukturen auf Ebene der EU. Er argumentiert, dass die derzeitige Krise der EU auch eine **Krise der Kompetenzverteilung** sei: Kompetenzen seien nicht klar zugeordnet, Handlung und Haftung fielen auseinander, was sich negativ auf Wachstum auswirke.

Kerber und Wendel (Universität Marburg) analysieren die vertikale Allokation von **Regulierungskompetenzen** in dem europäischen Zwei-Ebenen-System der Netzsektorregulierung aus der Perspektive der ökonomischen Theorie des Rechtsföderalismus.

Rüdissler (Vorarlberger Landesregierung) erläutert die Vorteile des Föderalismus am **Beispiel Vorarlbergs**. Die Vorteile liegen v.a. in der Möglichkeit, sachgerechte und den regionalen Verhältnissen angepasste Rechtsvorschriften zu erlassen.

Mikulits (Österr. Institut für Bautechnik) analysiert **Bauvorschriften** als Beispiel autonomer Vereinheitlichungsbestrebungen im Kompetenzbereich der Länder.

Wirtschaftskammer Österreich
Vertretungsbefugtes Organ:
Präsident Dr. Christoph Leitl
Tätigkeitsbereich: Information,
Beratung und Unterstützung der
Mitglieder als gesetzliche
Interessenvertretung.
Blattlinie: Die Kommentare
Wirtschaftspolitik informieren
regelmäßig über aktuelle
wirtschaftspolitische
Themenstellungen.
Chefredaktion:
Dr. Christoph Schneider
Druck: Eigenvervielfältigung
Erscheinungsort Wien
Offenlegung: wko.at/offenlegung